

Erscheinung
täglich mit Ausnahme Sonn-
und Feiertage.

Bezugspreis
vierteljährlich 3 Mk. frei ins
Haus gebracht; durch die Post
bezogen mit Bestellgeld
3 Mk. 17 Pfg.

Wochenarten 25 Pfg.
Einzelnnummer 5 Pfg., ältere
10 Pfg.

Kreis-Zeitung

für den Ober-Taunus-Kreis.

Anzeigenpreis
die viergespaltene Garmond-
zeile oder deren Raum 20
Pfg.; im Nachrichtenblatt die
Zeile 35 Pfg. — Nach-
satz bei öfterer Wiederhol-
ungen. — Laufende Wohn-
ungsanzeigen nach Ueberein-
kunft.

Geschäftsstelle
Eisenstraße 73, Fernruf 414
Postfachkonto Nr. 11569
Frankfurt a. M.

Ein Jahr russische Revolution.

B. O. In diesen Tagen rundet sich das erste Jahr seit Ausbruch der russischen Revolution. Die Ereignisse, die sich nach den ersten Revolutionstagen in Rußland überstürzten, machen es notwendig, bei dieser ersten Jahresfeier, wieder in die Erinnerung zurückzurufen, daß der russische Umsturz zunächst nicht der Friedenssehnsucht der Massen, sondern dem Kriegs- und Siegeswillen der herrschenden bürgerlichen Klassen entsprang. Weil man den Zaren und seine Regierung im Verdacht hatte, angesichts der steigenden Ernährungsschwierigkeiten und wirtschaftlichen Nöte Rußlands einen Frieden mit den Mittelmächten einzugehen, darum beseitigte man das zaristische Regiment. Die Grundstimmung der russischen Revolution war monarchisch und parlamentarisch. Großfürst Michael galt eine kurze Zeit als Nachfolger des Zaren, und der Duma-Präsident R. Rodzjako spielte mit dem Kadetten-Außenminister Miljukow die Hauptrolle. Fürst Lwow übernahm die Vertretung des Landes nach innen und außen und die Staatsmänner der Entente triumphierten über diese Stärkung des russischen Kriegswillens.

Bald aber wuchs die Bewegung ihren Urhebern über den Kopf. Schon nach wenigen Wochen ersetzten die Duma und die Kadettenpartei das Regiment der Arbeiter- und Soldatenräte. Bereits im Mai sah sich Miljukow zum Rücktritt gezwungen und sein Nachfolger Terestchenko vermochte noch weniger etwas gegen die sozialistische Revolution auszurichten, die in Kerenski einen Diktator von seltener Willenskraft und großzügigem Organisations-talent fand. Es begann die zweite Epoche der russischen Revolution, in der ein letzter Versuch zur Verteidigung des Landes an der Seite der Ententemächte unternommen wurde. Die letzte russische Offensive erlitt in blutiger Niederlage. Die Lenin und Trotski verstanden es, die Massen mit dem Schrei nach Brot und Frieden an sich zu reißen und der Kerenski'schen Herrschaft ein gewalttames Ende zu bereiten. Die russische Revolution änderte zum drittenmal von Grund aus ihren Charakter. Aus einer imperialistischen war sie zu einer sozialistischen und unter den Bolschewisten zu einer anarchoistischen Umsturzbe-wegung geworden. Der Auflösungsprozeß an den Fronten und im Innern des Landes vollzog sich rasend schnell und endete wie bekannt, im Frieden von Brest Litowsk.

Heute, am ersten Jahrestag der russischen Revolution ist das Chaos ein völliges. Petersburg wird als Reichs-hauptstadt aufgegeben und Moskau zum Sitz der russischen Volksrepublik gemacht. Deutsche Truppen stehen im Her-zen Rußlands und sorgen, soweit ihnen das möglich ist, für Ordnung und Sicherheit im Lande. Gegenrevolutionäre Strömungen sind eifrig am Werk und können jeden Tag neue gründliche Änderungen herbeiführen. Der Widerstand gegen einen rechtzeitigen Friedensschluß hat das ehemalige Zarenreich total zerrüttet. Eine eindring-liche weltgeschichtliche Lehre!

Der Krieg.

Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 11. März. (WB. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Artillerie- und Minenwerfertätigkeit lebte am Abend vielfach auf. Rege Erkundungstätigkeit hielt an. Eigene Abteilungen drangen an mehreren Stellen der flandrischen Front, in der Gegend von Armentieres und auf dem westlichen Maasufer in die feindlichen Gräben ein und brachten Gefangene und Maschinengewehre zurück. Bei einer deutschen Unternehmung nordöstlich von Reims trat wiederum eine in letzter Zeit mehrfach beobachtete auf der Kathedrale von Reims eingerichtete Blinkstelle der Franzosen in Tätigkeit.

Hauptmann Ritter von Tutschek und Leutnant Wülfhoff errangen ihren 27., Oberleutnant Bethge seinen 26. Luftsieg.

Osten.

Feindliche Banden wurden bei Bachmatsh nordöstlich von Riew und bei Rasdjelnaja an der Bahn Schmerinka-Odessa zerstreut.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.
Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Der Luftangriff auf Paris.

Berlin, 11. März. (WB.) Unbelehrt durch unseren Strafangriff gegen die Stadt Paris in der Nacht vom 30. Januar und durch unsere erneuten Warnungen suchten die Gegner während der vergangenen Wochen wiederum friedliche deutsche Städte weit hinter der Kampfzone mit Bomben heim. Die angedrohte Strafe ist vorgestern nacht abermals vollstreckt worden. Die Stadt Paris war wiederum das Ziel unseres Vergeltungsangriffs. Dem

verbrecherischen und verblendeten Verhalten unserer Gegner entsprechend wurde der Angriff mit noch größerer Stärke und Wucht geführt als der erste. Paris wurde mit insgesamt 23 700 Kiloogr. Bomben belegt.

Eine Warnung an England.

Berlin, 11. März. Die „Germania“ stellt fest, daß, wenn auch die Zahl der zu einem Verständigungsfrieden geneigten Stimmen jenseits des Kanals zunehme, doch die offiziellen Kreise trotz der ungeheuren Verschlechterung der militärischen und politischen Lage für die Entente an ihrer Alles- oder Nichts-Politik festhalten. Sie bemerkt dazu: Die intrinsigsten Herren in London spielen ein sehr gefährliches Spiel. Der deutsche Reichskanzler hat ihnen in seiner letzten Rede entgegenkommend und ver-söhnlich die Friedenshand geboten. Noch ist sie ausge-streckt; aber es scheint leider, daß sie abermals ins Leere greift. Steht das endgültig fest, dann hat wieder das Schwert das Wort, und dann tritt auch von neuem der Schatz zur Geltung, daß unsere Veröhnlichkeit den Feinden keinen Freibrief für risikolose Kriegsverlängerung geben darf. Zwingt uns die britische Starrköpfigkeit dazu, durch ein opfervolles militärisches Risikounternehmen den sinn-losen Widerstand gewaltsam zu brechen, dann muß sie dar-auf gefaßt sein, alle Folgen zu tragen. Alle — die mili-tärischen und die politischen! („Frst. Ztg.“)

Japan und Sibirien.

Frankfurt a. M., 11. März. (Priv.-Tel.) Der „Frank-furter Zeitung“ wird aus Stockholm gemeldet:

Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: „Daily News“ berichtet aus Petersburg: Auf dem Smolny-Institut traf die sensationelle Nachricht aus Irkutsk ein, daß Fürst Lwow in Peking sei, wo er eine neue Regierung gebildet habe und die Landung des japa-nischen Heeres in Wladiwostok erwarte. Wie verlautet, werde er die japanischen Truppen bei ihrem Einfall in Sibirien unterstützen. Die telegraphische Verbindung zwi-schen Wladiwostok und Irkutsk ist unterbrochen. Die Re-gierung gibt sich die größte Mühe, Sibirien zum Wider-stand gegen den drohenden Einfall zu ermutigen.

Der Washingtoner Korrespondent der „New York World“ meldet als sicher, daß starke japanische Truppen-abteilungen nach Sibirien und die nördliche Mandschurei entsandt würden. Ihnen werde wahrscheinlich eine russi-sche Division beigegeben, die den Alliierten freundlich ge-sinnt sei. Fürst Lwow werde wahrscheinlich die Leitung dieser Truppen übernehmen.

Wie die „Daily News“ meldet, mißt das bolschewisti-sche Blatt „Prawda“ diesen Nachrichten große Bedeutung bei. Das Blatt sagt, hiermit sei der Krieg mit Japan sicher. Die „Iswestija“ und andere Blätter dagegen hal-ten die Nachrichten für weniger belangreich. „Prawda“ sagt in einem Leitartikel: „Der Friedensvertrag zwischen Rumänien und den Zentralmächten bestimmt, daß Ru-mänien einem Transport deutscher Truppen nach Odessa die nötige Unterstützung verleihen soll. Rußlands frühere Verbündete, so scheint es, haben ähnliche Pläne, und sie sind offenbar zu einer Uebereinstimmung gekommen. Nur Amerika bildet eine Ausnahme und sucht die Politik der Verbündeten zu ändern.“

Bern, 10. März. (WB.) Nach Pariser Blättermel-dungen wurden englische und japanische Kriegsschiffe zur Ueberwachung nach Wladiwostok entsandt. Die anässigen Japaner wurden nach Japan zurückgeschickt.

Die wirtschaftliche und militärische Lage Deutschlands.

München, 11. März. (WB. Nichtamtlich.) Im großen Hörsaal der Universität begann vormittags die vom Mi-nisterium des Innern veranstaltete Vortragsfolge über unsere wirtschaftliche und militärische Lage. Staats-minister des Innern Brettreich eröffnete die Veranstal-tung mit einer Rede, in der er ausführte: Vor allem haben wir Frieden im Osten. Wenn es noch kein allgemei-ner Frieden ist, so trifft Deutschland die Schuld nicht. Deutschland ließ auch keine Gelegenheit vorübergehen, seine Friedensliebe zu betonen, aber die ehrliche Friedens-bereitschaft Deutschlands wurde von den Feinden stets von neuem zurückgewiesen. Aus den Aeußerungen Lloyd Geo-riges, Clemenceaus und Sonninos und den Beschlüssen des Versailler Kriegsrates läßt uns noch immer entgegen: Krieg bis zum äußersten. Dennoch verlangt Frankreich unter dem Beifall Englands Elsaß-Lothringen, noch for-dert England Ägypten und die Zerstörung des türkischen Reiches, die Beherrschung Palästinas und die Gebiete des Zweistromlands und beansprucht die deutschen Kolonien. So ist denn im Westen der Krieg noch im Gange. Was geschehen muß und kann, ihn zu beendigen, wird unsere oberste Heeresleitung bestimmen. Unsere Sache in der Heimat aber ist gleich geschlossen wie die äußere Front in Eintracht und Treue zusammenzutreten. Unsere Volks-

ernährung ist auf die heimische Ernte gestellt. Die ernste Pflicht der Landwirte ist daher, die landwirtschaftliche Erzeugung auf den bisherigen Stand zu erhalten. Auch wenn der Frieden kommt, so wird er uns nicht gleich in das gelobte Land führen. Die geschlichen Bindungen der Kriegswirtschaft werden nicht mit einem Male zerrissen, sie können erst nach und nach gelöst werden. Als wichtigste Aufgabe der Zukunft steht vor uns der Wiederaufbau unseres aus tausend Wunden blutenden Volkes. Ihr die-nen vor allem die Bekämpfung des Bevölkerungsrückgan-ges, der Ausbau der Säuglingsfürsorge, der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten u. a. Die im Kriege hervorge-tretene Wohnungsnot soll durch die Wiederbelebung der Bautätigkeit und der Unterstützung des bürgerlichen Wohnungsbaues begegnet werden. Neben der Bereitstel-lung der Wohngelegenheiten ist für die Kriegsgetroffenen und die heimkehrenden Krieger, die sich einen Hausstand gründen wollen, die Erleichterung der Hausratsbeschaffung wichtig. Während des Krieges wurden zahlreiche soziale Einrichtungen gegründet, welche im Frieden entwickelt werden müssen. Der Friede soll unserem Volke auch eine fräftige Weiterführung der Sozialpolitik bringen. Eben dies kann nur geschehen, wenn unsere Volkswirtschaft aus den Wirren des Weltkrieges ungebrochen hervorgeht. Eine Kräftigung und Erhaltung der Landwirtschaft muß Ge-genstand unserer besonderen Sorge sein. Alle diese ge-waltigen Aufgaben lösen zu können, bedarf es der einigen Kraft des ganzen Volkes. Hierzu erbitten wir aller Mit-arbeit. Zu dieser Mitarbeit Anregung und Förderung zu bieten, ist der Zweck der Tagung. Wichtig ist auch hier die Mitarbeit der Presse. In der Kriegszeit lernten sich Regierung und Presse näher kennen und verstehen. Die Presse wird sich wie bisher auch in Zukunft ihrer verant-wortungsvollen Aufgabe bewußt bleiben in treuer Ein-tracht. Im Glauben an seine Zukunft wird das deutsche Volk den größten aller Kriege zu einem glücklichen Ende führen.

Deutscher Reichstag.

Die Daimler-Debatte.

B. O./B. Die Daimler-Debatte im Reichstag hat tief-gehenden Unwillen im deutschen Volke erregt. Man schüt-telte schon lange den Kopf über die Riesengewinne man-cher industriellen Betriebe, die aus den Jahresbilanzen zu ersehen waren. Man wußte zwar, daß die Heeresver-waltung bei Ausbruch des Krieges bereitwillig außerge-wöhnlich hohe Preise zahlte, um möglichst schnell und sicher in den Besitz unentbehrlicher Kriegsmaterialien zu ge-langen. Aber man hörte auch schon frühzeitig Bedenken in der Volksvertretung gegen diese schrankenlose Preis-politik laut werden, und man vernahm, daß sich Heeres-verwaltung und Reichstag auf bestimmte Vorschläge ge-einigt hätten, um die Preise der ersten Kriegszeit nach Möglichkeit wieder auf eine normale Höhe zurückzushra-ben. Bundesratsverordnungen wurden erlassen und Kon-trollmaßnahmen wurden eingeführt, Preisprüfungsstel-len eingerichtet, und sonst mancherlei getan, um unver-schämten Kriegsgewinnlern das Handwerk zu legen. Nun hört man plötzlich, daß alle diese Maßnahmen nicht genügt haben, um das Reich vor schweren Uebervorteilungen zu sichern. Allerdings, das, was bei den Feststellungen über die Preisgebarung der Daimler-Motoren-Gesellschaft in Stuttgart und in Berlin-Marienfelde an den Tag gekom-men ist, scheint zu den betrügerischen Straftaten zu ge-hören, die durch keine noch so scharfen Gesetze und Verord-nungen ganz verhindert werden können, und vor dem Strafgericht gehören. Aber bei der Erörterung dieses Auf-sehenerregenden Falles sind doch so viele Mängel in der behördlichen Preiskontrolle der großen industriellen Werke festgestellt worden, daß hier eine gründliche Reform aller einschlägigen Bestimmungen notwendig erscheint. Darauf hat denn auch der Hauptausschuß des Reichstags den Nach-druck gelegt. Man scheint auf eine schärfere Ueberwachung der Geschäftsbücher und Preisunterlagen hinauskommen zu wollen. Daß dabei unnötige Schifanierungen vermei-den werden müssen, liegt selbstverständlich im Interesse der Produktion des Kriegsmaterials, die bekanntlich mit immer größeren Schwierigkeiten zu rechnen gezwungen ist. Aber gewissenlose Ausbeutung der Notlage des Va-terlandes, verbrecherische Auswüchse des Erwerbsinnes müssen mit aller rücksichtslosen Schärfe verfolgt und ver-hindert werden. Wenn der Daimler-Standal dazu mit-hilft, so hat diese traurige Zeiterscheinung wider Willen noch etwas Gutes gewirkt.

Die Getreidevorräte aus der Ukraine.

Die Verteilung zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn.

Köln, 11. März. (WB. Nichtamtlich.) Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Berlin vom 11. März: Die Art der Verteilung der aus der Ukraine zu erwartenden Getreide-vorräte zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn ist

nunmehr dahin festgesetzt, daß bis zum 31. Juli Deutschland und Österreich-Ungarn gleichviel erhalten und zwar wird in der ersten Hälfte dieses Abschnittes Österreich-Ungarn doppelt so viel beziehen als Deutschland, während danach bis zum 31. 7. die Verteilung umgekehrt erfolgt, so daß also Deutschland die doppelte Menge erhält.

Genehmigungspflicht für Ersatzmittel.

A. Die unerfreulichen Erscheinungen auf dem Gebiete des Ersatzmittelmarchtes haben die Rechtsregierung veranlaßt, entsprechend dem Vorgehen der süddeutschen Regierungen, des Königreichs Sachsen, einiger Regierungsbezirke und Städte die Genehmigungspflicht für Ersatzlebensmittel einzuführen. Einerseits hat nämlich der Mangel an Einheitlichkeit auf diesem Gebiete zu unerträglichen Zuständen geführt, da Herstellung und Vertrieb von Ersatzlebensmitteln nur nach Anmeldung an rund fünfzehn verschiedenen Stellen im Deutschen Reich möglich war, die Einzelgenehmigung aber immer nur für einen beschränkten Bezirk Geltung hatte. Andererseits trat eine Abwanderung der schlechten Ersatzmittel nach den Gegenden ein, in denen eine Genehmigungspflicht nicht bestand. Die Möglichkeit, in einem großen Teile des Reiches Ersatzmittel ohne vorherige Genehmigung abzusetzen, barg weiter die Gefahr in sich, daß in der Zeit der Übergangswirtschaft eingeführte Rohstoffe ungewöhnlich verwendet werden könnten. Der Bundesrat hat daher eine Verordnung erlassen, nach der die gewerbmäßige Herstellung und der Verkauf aller Ersatznahrungs- und Genussmittel nur gestattet ist, wenn sie von einer Ersatzmittelliste genehmigt sind. Die Organisation ist den Landeszentralbehörden überlassen. In der Verordnung ist aber bestimmt, wer das Ersatzmittel anzumelden hat, und zwar kommt dafür in erster Linie der Hersteller, bei eingeführten Waren der Einführer in Betracht. Die Anmeldung hat nur an einer einzigen Stelle zu erfolgen, deren Entscheidung für das ganze Reich gilt. Beschwerdestellen sowie eine oberste Entscheidung durch den Reichszentraler in Fällen, in denen die amtlichen Stellen zu verschiedenen Ergebnissen kommen, sind vorgesehen. In der Verordnung sind allgemeine Bestimmungen über die Angaben, die den Anträgen auf Genehmigung beizufügen sind, erlassen. Dem Reichszentraler ist es überlassen, Grundsätze über die Erteilung und Verlegung der Genehmigung aufzustellen. Dabei ist sowohl an allgemeine Richtlinien wie an besondere Richtlinien über die zulässige Zusammenfassung von Ersatzmitteln gedacht, die vom Kriegsernährungsamt in Gemeinschaft mit dem Kaiserlichen Gesundheitsamt aufgestellt werden sollen. Eine Ausdehnung der Verordnung auf andere Ersatzmittel als Lebensmittel ist vorgesehen. Für Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften kommt Geldstrafe bis zu einem Jahr und Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder eine dieser Strafen in Betracht. Die Verordnung tritt am 1. Mai 1918 in Kraft. Soweit sich aber noch Waren, die den Bestimmungen der Verordnung nicht entsprechen, in den Händen des Handels befinden, können diese noch bis zum 1. Juli 1918 abgesetzt werden, auch wenn die reichsgerichtliche Genehmigung noch nicht erfolgt ist. Im übrigen kann der Eigentümer der Ware aber auch freiwillig in diesem Falle die Genehmigung nachsuchen.

Gemäß der Bundesratsverordnung hat der Reichszentraler im „Reichs-Anzeiger“ eine Bekanntmachung erlassen, welche Ersatznahrungs- und Genussmittel als Ersatzlebensmittel im Sinne der Bundesratsverordnung anzusehen sind. Durch dieses in der Verordnung vorgesehene Vorgehen werden die Schwierigkeiten der Auslegung des Begriffes „Ersatzlebensmittel“ wesentlich abgemildert. Den Interessenten sowohl wie den Gerichten wird dadurch ein weit besserer Anhalt für die Beurteilung des Geltungsbereichs der Verordnung gegeben, als es sonst meist bei Verordnungen der Fall ist.

Die Durchführung der neuen Verordnung wird hoffentlich dem Ersatzmittelmangel im wesentlichen den Boden abgraben.

Die Verordnung gegen den Schleichhandel.

A. Der Bundesrat hat nunmehr die seit längerer Zeit angekündigte Verordnung gegen den Schleichhandel erlassen, die am 15. März 1918 in Kraft tritt. Sie richtet sich gegen den Schleichhandel in der Form des gewerbmäßigen zur Weiterveräußerung erfolgenden Aufkaufes öffentlich bewirtschafteter Lebens- oder Futtermittel, der die Erzeuger zu verbotsmäßiger Abgabe von Waren in großem Umfange verleiht oder ihre Bereitwilligkeit hierzu ausnützt, um demnach diese Waren mit erheblichem Gewinn abzusetzen, und infolgedessen zu einer ernstlichen Gefahr für die Aufrechterhaltung des staatlichen Ernährungssystems geworden ist. Da von Geldstrafe allein gegen gewerbmäßige Schleichhändler in Anbetracht der außerordentlich hohen Gewinne, die im Schleichhandel erzielt zu werden pflegen, eine nennenswerte Wirkung nicht zu erwarten ist, der gewerbmäßige Schleichhandel auch schon durch die Art der Strafandrohung dem Volksempfinden entsprechend als besonders verwerflich gekennzeichnet werden muß, steht die Verordnung vor, daß gegen den gewerbmäßigen Schleichhändler stets auf Freiheitsstrafe zu erkennen ist. Daneben muß in jedem Falle auf Geldstrafe erkannt werden, die bis zur Höhe von fünfzehntausend Mark bemessen werden kann. Auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt und angeordnet werden, daß die Verurteilung auf Kosten des Täters öffentlich bekannt zu machen ist. Die gleiche Strafandrohung ist gegen denjenigen vorgesehen, der sich gewerbmäßig zu einem verbotenen Erwerb von Lebens- oder Futtermitteln erbietet

oder gewerbmäßig Schleichhandelsgeschäfte vermittelt. Für den wiederholten Rückfall, dessen Voraussetzungen im wesentlichen in Anlehnung an die Vorschriften des Strafgesetzbuches über Rückfall diebstahl geregelt sind, droht die Verordnung Zuchthausstrafe, bei mildernden Umständen Gefängnis nicht unter 6 Monaten an. Neben Zuchthaus ist in diesem Fall die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte zwingend vorgeschrieben.

650 Jahre Leipziger Messe.

B. R. Die großen Märkte der Stadt Leipzig, die seit dem Jahre 1507 den Namen Messe führen, können nach dem Ablauf der heutigen Frühjahrsmesse auf ein 650jähriges Bestehen zurückblicken. Sie hatten im Wandel der Jahrhunderte manchen Kampf zu bestehen. Es waren nicht nur aufstrebende Konkurrenzstädte zu besiegen, sondern auch zahlreiche Kriegszeiten zu überwinden. Aber ungeachtet des Dreißigjährigen und des Siebenjährigen Krieges, sowie der Kontinentalsperre Napoleons gegen England haben Leipzigs Völkermärkte ihren Vortrang Jahrhunderte hindurch behauptet. Als dann der Zollverein gegründet wurde und die Eisenbahnen aufkamen, hat Leipzig auch manche große ausländische Messe überflügelt und stand vor dem Kriege mit London und Kischni-Nomograd an der Spitze aller Weltmessen. Auf diese Weise wurden die Leipziger Märkte, die früher nur die Stätten für die Entfaltung eines großen Güterauslaufes im Binnenlande waren, zu einem Brennpunkte der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen allen Kulturvölkern. Diese glänzende Entwicklung mußte mit Notwendigkeit eine innere Umwandlung der Messe bewirken, durch die sie ein ganz verändertes Aussehen bekam. Das Zusammenströmen der gewaltigen Menschen- und Warenmassen hatte zur Folge, daß bald die Räumlichkeiten für einen bis ins Unermeßliche gestiegenen Güterauslauf fehlten. Es wurden darum nicht mehr die verschiedenen Waren in ungeheuren Lagern für den sofortigen Handel aufgetapelt, sondern von jedem Industriezweig nur Warenproben ausgelegt, nach denen dann die Bestellungen erfolgten. Die alte Warenmesse wurde zur Mustermesse. Es entstanden die prachtvollen Messelände, in denen die verschiedenen Muster der einzelnen Waren übersichtlich geordnet ausgestellt werden.

Vor dem Kriege gab es hier und da Stimmen in Deutschland, die Leipzigs Völkermärkte für abgetan und überlebt erklärten. Der Weltkrieg aber hat die ungemeinerte Kraft der Leipziger Messen von neuem erwiesen. Die Zahlen der Aussteller und der Besucher sind seit der ersten Kriegsmesse dauernd gestiegen — trotz der Abnahme der Rohstoffmengen, der Verringerung des Arbeiterpersonals in den industriellen Betrieben, des Kohlenmangels und der Verkehrsschwierigkeiten. Die gegenwärtige, achte Kriegsmesse ist eine Rekordmesse: im Frühjahr 1915 betrug die Zahl der Aussteller 2092, jetzt beträgt sie 3600. Die Besucherzahl hat sich vervielfacht und ist von 15 000 in den ersten Kriegsjahren auf 75 000 gestiegen. Die Kaufkraft ist allerorts ungemein groß, es besteht ein förmlicher Warenhunger, und die deutschen Ausstellern haben bereits in den ersten Tagen der Messe soviel Aufträge erhalten wie selten auf den letzten Friedensmessen. Unsere Industrie verheißt sich nicht, daß sie gegenwärtig nur einen Teil der Aufträge ausführen können. Aber den Hauptzweck sehen die Kaufleute jetzt darin, die Zahlung mit der Kundschaft nicht zu verlieren. Der Haupt-eindruck läßt sich in die Worte zusammenfassen: Etwas Ähnliches an Verkehr hat die Leipziger Messe noch nicht gesehen! Das ist ein gutes Zeichen des starken Vertrauens in die Leipziger Märkte und in die deutsche Industrie überhaupt. Von Leipzig aus sind wieder unzählige Gaben mit dem ausländischen Wirtschaftsleben angeknüpft worden, welche der deutschen Ausfuhr nach dem Kriege zweifellos zugute kommen werden.

Lokale Nachrichten.

Bad Homburg v. d. H., 12. März 1918.

Auszeichnungen. Dem Oberbürgermeister Lübbe wurde der Kronenorden 3. Klasse, dem Stadtverordneten-Vorsteher Dr. A. Rüdiger der Rote-Adler-Orden 3. Klasse mit der Schleife verliehen.

Im Allerhöchsten Auftrag Ihrer Majestät der Kaiserin wurde dem Kreisarzt, Geh. Med.-Rat Dr. Ziehe in Bad Homburg die Rote-Kreuz-Medaille 2. Klasse, dem Geh. Sanitätsrat Dr. Lommel, dem Sanitätsrat Dr. von Noorden, dem Sanitätsrat Dr. Friedlieb, dem Sanitätsrat Dr. Pariser, dem Sanitätsrat Dr. Friedrich Bode, dem prakt. Arzt Dr. Riechmann, dem prakt. Arzt Dr. Klug, dem prakt. Arzt Dr. Baumstark, dem prakt. Arzt Dr. Bouvier, sämtlich in Bad Homburg, dem prakt. Arzt Dr. med. Goldschmidt in Gonsenheim, ferner Frau Olga von Bülling, Frau Anna Hübsch, Frau Justine Krahmer, Frau Anna Mödel und Fräulein Ulrike Wobitzke die Rote-Kreuz-Medaille 3. Klasse, der Frau Emma Fluk, geb. Michael, Frau Anna Schönmann, Frau Lina Bode, Fräulein Elisabeth und Sophie Palmer, Frau Olga von Steiger, Frau Käthe von Mad, Frau Gräfin Olga von Leiningen-Westerberg, Fräulein Amalie von Lowgow, Frau Arabin, Fräulein Käthe Steinhäuser, dem Fabrikdirektor a. D. Hubert Hesse und dem Rgl. Kreisfeldwebel Karl Segepand, sämtlich in Bad Homburg v. d. H., das Verdienstkreuz für Kriegshilfe ausgeteilt.

Ausgabe von Futter-Rohstoffen. In der früheren Schererischen Mühlefabrik werden, wie der Magistrat (Lebensmittelversorgung) heute bekannt macht, am Mittwoch und Donnerstag von 8 bis 12 Uhr vormittags und 2 bis 6 Uhr nachmittags, Futter-Rohstoffe ausgegeben.

Verbote des Frühlings. Heute früh überflog eine Kette von Schneegänsen in der Richtung von Westen nach Osten unsere Stadt. Man denkt dabei gerne an die bekannten Worte: „Nun muß sich alles, alles wenden.“

Rauschen in Nichtraucherabteilen. Das Rauschen in den Nichtraucherabteilen der Eisenbahnzüge geschieht

neuerdings weit mehr als in früheren Jahren. Auch das Zugbegleitpersonal scheint das Uebertreten des Verbotes stillschweigend zu dulden. Der Eisenbahnminister hat deshalb die Eisenbahndirektionen mit neuer entsprechender Weisung versehen. Die Zugbegleitbeamten sollen angehalten werden, auch in dieser Beziehung für die nötige Ordnung zu sorgen.

Deutsche Weiber! Die „Frankfurter Zeitung“ sieht sich genötigt folgende „Warnung“ zu veröffentlichen: Wiederholt haben weibliche Bewohner der den hiesigen Offiziergefangenenlagern benachbarten Häuser versucht, mit den kriegsgefangenen Offizieren in Verbindung zu treten, ja ihnen Sachen zuzuworfen. Bei der scharfen Bewachung der Lager wurde in jedem Fall der Versuch verhindert. Die Schuldigen, die den verschiedensten Gesellschaftstreffen und Lebensaltern angehören, wurden festgesetzt. Die Polizeibehörde ließ es bis jetzt bei scharfen Verwarnungen bewenden, da anzunehmen war, daß törichte Sensationslust so unüberlegtes Handeln veranlaßt. In Zukunft sollen aber die gefährlichen, sehr strengen Strafen und öffentliche Brandmarkung jene würdelosen Personen rücksichtslos treffen.

Kriegspatenversicherungen. Es werden vielfach irrige Auffassungen über die Höhe der bei Abschluß von Kriegspatenversicherungen übernommenen Beiträge dadurch hervorgerufen, daß die um Abschluß der Versicherungen werbenden Agenten der Versicherungsgesellschaften oft nur die ganz geringen Monatsbeiträge nennen, während eine Verpflichtung zur Zahlung auf Jahre hinaus übernommen wird. Es muß darauf hingewiesen werden, daß diese im Laufe der Jahre einen ganz erheblichen Betrag von mehreren Hundert Mark ausmachen.

Neue Postwertzeichen mit dem Ueberdruck „Gültig 9. Armee“ hat die Heeresverwaltung für die am 1. März eröffnete Landespost im Gebiete der 9. Armee in Rumänien herausgegeben. Zu Sammelzwecken werden die Wertzeichen bei der Kolonial-Wertzeichenstelle des Briefpostamts in Berlin C 2 zum Verkauf gestellt.

Die Erhöhung der Gerichtsgebühren. Unter den in der letzten Bundessatzung angenommenen Gesetzentwürfen befindet sich auch der Entwurf eines Gesetzes über Kriegszuschläge zu den Gerichtskosten, sowie zu den Gebühren der Rechtsanwälte und der Gerichtsvollzieher. Wie verlautet, beläuft sich die Erhöhung der Gerichtskosten je nach dem Streitwert auf 20–30 % der gegenwärtigen Gebühren. Bei den Anwälten erhöhen sich die Gebühren der ersten und zweiten Instanz um 30 Prozent. Die Gebühren der Gerichtsvollzieher sollen um 30 Prozent erhöht werden. Die Schreibgebühren werden allgemein von 20 auf 40 Pf. für die Seite erhöht.

Die Kriegsprüfungen. Im Unterrichtsministerium des Reichs des Abgeordnetenhauses erklärte ein Regierungsvertreter zu einer Eingabe um gleichartige Behandlung der Kriegsprüfungen, daß hinter der Front Reifeprüfungen in wohlwollendster Weise vorgenommen werden, auch für diejenigen, die vor ihrem Eintritt ins Heer die Reife für Unterprima nicht erreicht hatten. Auch kann die Reifeprüfung nach vor den ersten Berufsprüfungen abgelegt werden. In diesem Fall werden die vorher zurückgelegten Semester angerechnet. Es sind schon über 10 000 Reifeprüfungen an der Front abgehalten worden.

Keine Beschlagnahme der Männerkleidung. Das mehrfach verbreitete Gerücht, die Reichsbelleidungsstelle beabsichtige eine allgemeine Beschlagnahme der in Privatbesitz befindlichen Männeroberbekleidung, bestätigt sich nicht. Eine Beschlagnahme ist nicht in Aussicht genommen, vielmehr nur eine zusammenfassende gleichmäßig über das ganze Reich sich erstreckende Organisation der freiwilligen Abgabe und Sammlung von getragenen Kleidungsstücken.

Kurhaushaus. (Vorbericht des Theaterbüros.) Auf die heute abend stattfindende Aufführung der Operette „Frühlingsluft“ sei nochmals besonders hingewiesen, da in der Partie der „Hanni“ Fräulein Ziti Bort vom Neuen Operettentheater Bonn gastiert. — Am Donnerstag abend ist im Abonnement B eine Wiederholung des Lustspiels „Clubleute“ von Fritz Friedmann-Friedrich.

A. Reichsbelleidungsstelle und Schuhbewirtschaftung. Auf Grund der Bekanntmachung des Bundesrats vom 28. Februar 1918 wird die gesamte Schuhbewirtschaftung am 1. März 1918 der neu begründeten Reichsstelle für Schuhversorgung übertragen. Damit erledigt sich die bisherige Tätigkeit der Reichsbelleidungsstelle auf diesem Wirtschaftsgebiete.

Die Zuständigkeit der Reichsbelleidungsstelle in dieser Hinsicht war nur eine beschränkte. Eine Pflicht, die bürgerliche Bevölkerung mit Schuhwaren zu versorgen, lag ihr nicht ob. Sie hatte vielmehr nur die Herstellung von Schuhwaren aus neuem Leder und deren Verteilung auf den Handel, es lag ihr vielmehr nur die Regelung des sparsamen Verbrauchs des Schuhguts durch das Bezugsscheinverfahren sowie die Bewirtschaftung gebrauchter Schuhwaren und des von diesen herrührenden Alleders ob.

Die sich täglich mehrenden Schwierigkeiten in der Schuhversorgung machten die Vereinfachung der Bewirtschaftung zur unabwendbaren Notwendigkeit. Die gesamten Möglichkeiten der Schuhbeschaffung und die zweckmäßige Verteilung des Materials mußten daher in einer Hand vereinigt werden.

Landesverrat. Es ist ein böser Irrtum, zu glauben, daß sein Land nur verrät, wer zum Feinde läuft, und ihm für einen Judaslohn Mittelungen macht über Reformationen, Truppentransporte, Munitionslieferungen, oder andere Dinge, die im Interesse der Kriegführung unbedingt geheim bleiben müssen. Ohne bösen Willen, ohne Niedertracht der Gewinnung schädigen leicht die Gedankenlosen ihr Vaterland auf ganz dieselbe Weise. Denn der Feind sieht nicht nur jenseits unserer Front, getrennt von uns durch Gräben und Drahtverhaue! Der Feind hat nicht nur im neutralen Ausland seine bezahlten Spione, die in öffentlichen Lokalen und in den Familien herumspionieren nach dienlichen Nachrichten. Es gibt — das ist erwiesen — in unserem eigenen Lande noch der feindlichen Agenten genug, die unter harmloser Maske sich den Schwachen als Lauscher aufstellen und alles, was über